Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Bestellung 2,75 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ohne Bestellgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Nr. 5382 des amtl. Zeit.-Verz.

Für die Redaktion verantwortlich: Hans Paulus in Halle.

[Fernsprechverbindung mit Berlin, Leipzig, Magdeburg rc. Anschluß-Nr. 176.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Dreißigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltzeile oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 60 Pfg. Erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

[Der Nachdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Nr. 286. Halle a. d. Saale, Sonnabend den 20. Juni. **1896.**

Exempla trahunt.

Das kann man nicht in diesem Falle damit übersetzen, daß böse Beispiele gute Sitten verderben. Denn wer wird behaupten, Oesterreich habe bisher in der Zuckerpolitik gute Sitten gezeigt? Im Gegentheil, wenn irgendwo, so ist in der Habsburgischen Monarchie die Zuckerindustrie vom Staate über die Maßen begünstigt worden. Mit einem gewissen Stolz erzählt der Finanzminister v. Bilinsky, daß sich der Rübenbau in einem Menschenalter verzwanzigfacht oder verdreißigfacht habe. Mit starker Betonung wird hervorgehoben, daß im Zuckergewerbe 67,000 Arbeiter Beschäftigung und Lohn finden. Aber es fehlt auch nicht an der Schattenseite. Nahezu zwei Drittel des gesammten Zuckers geht ins Ausland. Dort wird er um ein Viertel desselben Preises verkauft, der in Oesterreich den Konsumenten abgenommen wird. Die Zuckerindustriellen stehen im Kartell und bestimmen selbstherrlich die Preise. Die Bauern sind fast allenthalben einzelnen Fabrikanten zugetheilt und ihrer Willkür auf Gnade und Ungnade überliefert. In keiner Industrie in Oesterreich werden die natürlichen Gesetze wirthschaftlicher Entwickelung derart vergewaltigt, wie im Zuckergewerbe. Was Wunder, daß jetzt das deutsche Zuckergesetz, das die Prämien erhöht, alsbald der österreichischen Gesetzgebung den Anlaß bietet, auch ihrerseits die Ausfuhrzuschüsse zu steigern, und zwar noch höher als in Deutschland geschehen ist, so daß die österreichische Industrie ebenso hohe Prämien und dazu auch Frachtkosten und noch eine Kleinigkeit drüber vom Staate erhält, um den Zucker auf den Weltmarkt werfen zu können.

Der liberale Abgeordnete Dr. Groß hat im Abgeordnetenhause des österreichischen Reichsraths nachgewiesen, daß es in Cisleithanien der Landwirthschaft an dem nöthigen Viehsalz zur Fütterung fehle, daß dagegen in England die Schweine mit österreichischem und deutschem Zucker gemästet werden. Diese Thatsache ist für die Beschaffenheit der festländischen Zuckerpolitik kennzeichnend. In der That, der Zustand ist schier unglaublich. Alle festländischen Zuckerstaaten überbieten sich gegenseitig in einer fehlerhaften Weise, um ihre Zuckerindustriellen durch Ausfuhrzuschüsse zu unterstützen, und die Wirkung ist einerseits eine höchst ungesunde, geradezu gefährliche Ueberproduktion und anderseits auf dem Weltmarkt, also in erster Reihe in England, ein Preisdruck, der wiederum höchst unnatürlich ist, indem er in schroffstem Gegensatze zu dem inländischen Preis für die Konsumenten der Produktionsländer steht. Wie einmal diese künstliche Züchtung enden soll, das ist vermuthlich den Finanzministern selbst nicht klar. Einstweilen aber folgt man in Oesterreich dem deutschen Beispiel und dem alten Grundsatz, den der gute Kaiser Ferdinand in vormärzlicher Zeit aussprach: „Mich und den Metternich wird's halt noch tragen." Es wird „fortgewurstelt."

Und welche Schrecken werden nicht für den Fall ausgemalt, daß in Oesterreich die Zuckerprämien auf dem alten Stande bleiben! Da soll mit einem Schlage der ganze Weltmarkt verloren gehen. 67,000 Arbeiter werden brotlos. Die ganze Zuckerindustrie wird zu Grunde gerichtet. Eine wirthschaftliche Katastrophe bricht über das Festland herein. 70 Millionen Gulden fehlen in der Zahlungsbilanz Oesterreichs, und die ganze Währung ist in Frage gestellt, das ganze Münzwesen untergraben. Die kleineren Zuckerfabriken müssen sammt und sonders eingehen, und der inländische Bedarf wird von wenigen Großfabrikanten gedeckt, die jetzt untereinander um so fester zusammenhalten und die Masse des Volkes durch Preiskartelle ausbeuten werden. Das alles und noch viel Schrecklicheres hat man im österreichischen Reichsrath vernommen. Und die Gründe gegen die Erhöhung der Ausfuhrprämien sind gerade so wirkungslos geblieben, wie etliche Wochen früher im deutschen Reichstage. Hier wie dort erhöht man die Verbrauchsabgabe zugleich mit den Ausfuhrzuschüssen. Hier wie dort aber werden die ernstesten Zweifel gehegt, ob diese Politik auch nur im geringsten den kleineren Landwirthen nütze.

Aber einst wird kommen der Tag, an dem trotz alledem die Zuckerprämien beseitigt werden. Dieses Ziel verfolgt so gut die deutsche wie die österreichische Regierung. Auch in Wien hat man sehr ernst gemahnt, jetzt, da die Prämien gesteigert werden, wenigstens für ein Jahr, die diplomatischen Verhandlungen über die internationale Beseitigung der Zuckerprämien um so eifriger zu betreiben. Die deutsche Reichsregierung hat in offiziösen Kundgebungen wiederholt versichert, daß sie dieses Ziel verfolge. Daß Oesterreich so schnell dem deutschen Beispiel in der Erhöhung der Prämien folgen werde, hat man in Berlin vielleicht nicht vorausgesehen, jedenfalls hat man es nicht gewünscht. Aber der Finanzminister Dr. v. Bilinsky hat sich als ein gelehriger Schüler des Reichsschatzsekretärs Grafen Posadowsky erwiesen. Ob sie beide jetzt Hand in Hand in der Befürwortung der Aufhebung der Prämien gehen werden, wird man abwarten müssen. Die früheren Verhandlungen zu diesem Zweck sind gescheitert in einem Augenblick, als sie schon abgeschlossen und erfolgreich schienen. Jetzt soll in einem knappen Jahr — denn nur auf ein Jahr gilt das österreichische Gesetz — der erneute Versuch zu glücklicherem Abschluß gedeihen? Oder meint es der österreichische Finanzminister mit der Beschränkung dieser Frist überhaupt nicht ernst, und wird im Sommer 1897 einfach die Verlängerung des Gesetzes erfolgen? Wir fürchten, daß man durch die Erhöhung der Ausfuhrprämien bei den Zuckerindustriellen weder in Deutschland noch in Oesterreich-Ungarn die Neigung verstärkt hat, die internationale Aufhebung der Prämien zu fördern. Wenn aber jetzt auch Belgien, Frankreich und Rußland dem deutschen und dem österreichischen Beispiel folgen und ihre Ausfuhrprämien erhöhen, was dann? Wir fürchten, dann wird es noch einige Jahre weiter gehen wie bisher, und dann wird das Ende mit Schrecken eintreten. Wer dieser Katastrophe vorbeugen will, der hat allen Grund, gerade jetzt jede Bemühung zur internationalen Beseitigung der Zuckerprämien kräftig zu unterstützen, damit eine große, künstlich gesteigerte Industrie endlich an die gesunde Luft der Freiheit gewöhnt und vor geilen Trieben bewahrt werde.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

Der Kaiser verbleibt in Kiel bis zum 1. Juli. Nachdem er am 1. Juli dem Stapellauf für „Ersatz Preußen" beigewohnt hat, tritt er seine Nordlandsreise an; sie geht diesmal auf der „Hohenzollern," die von dem Kreuzer dritter Klasse „Gefion" begleitet sein wird, durch die Nordsee nach Norwegen. Christiania wird angelaufen werden, und hier dürfte nach dem „Hamb. Korr." auch eine Begrüßung mit dem König Oskar und anderen Mitgliedern des schwedisch-norwegischen Königshauses stattfinden. Herr v. Kiderlen-Wächter wird den Kaiser wieder auf der Nordlandsreise begleiten.

Die Aufbesserung der Beamtengehälter.

Im Anschluß an die Mittheilung, daß uns eine Herbstsession des Landtages bevorsteht, und zur Vervollständigung der Liste der für diese Session in Aussicht gestellten Vorlagen schreiben die offiziösen „Berl. Pol. Nachr.:

Da dabei der allgemeinen Erhöhung der Beamtenbesoldungen nicht gedacht ist, wird die Besorgniß laut, daß dieser Plan wieder zurückgestellt sei. Das ist aber keineswegs der Fall. Betreffs dieses Planes und der dazu erforderlichen Finanzmaßregeln hat sich nicht das mindeste geändert. Die Vorbereitungen zur Durchführung derselben werden mit Nachdruck betrieben. Es ist allerdings ein gewaltiges Stück Arbeit, welches zu leisten ist, wenn man sich nicht auf eine einfache prozentuale Erhöhung der jetzigen Gehaltssätze beschränken, sondern zugleich eine bessere Ordnung und einheitlichere Gestaltung der Besoldungsverhältnisse herbeiführen will, wie dies betreffs der Unterbeamten bei Anlaß ihrer Gehaltserhöhung bereits geschehen ist. Und zwar sind dabei vornehmlich zwei leitende Gesichtspunkte von Bedeutung. Zunächst liegt es nicht in der Absicht, den Schwerpunkt der Verbesserung auf die Anfangsgehälter zu legen, vielmehr soll die Aufbesserung wesentlich den höheren Dienstaltersstufen zu gute kommen. Sodann gilt es, den jetzt so häufig vorkommenden Berufungen der einen Beamtenklasse auf die andere und der damit verbundenen Beunruhigung dadurch vorzubeugen, daß die Gehaltsverhältnisse der Beamten mit gleicher Vorbildung thunlichst gleichartig geordnet und nicht in der Sache begründete Unterschiede beseitigt werden. Es ist ohne weiteres klar, daß damit der Finanzverwaltung wie den einzelnen Ressorts eine schwere und umfangreiche Aufgabe gestellt ist, und daß alle Kräfte anzuspannen sind, um sie rechtzeitig für die nächste Session zu lösen.

Es ist uns durchaus angenehm, zu hören, daß die Frage einer Aufbesserung der Beamtengehälter nicht aus den Augen gelassen wird.

Steigerung des Zuckerrübenbaues.

Im „Reichsanzeiger" wird die von den Behörden durch Rückfrage bei den Zuckerfabriken aufgestellte Zusammenstellung über den Anbau von Zuckerrüben für die Campagne 1896/97 bekannt gemacht. Danach sind 1896 425,004 ha mit Rüben bepflanzt worden gegen nur 373,504 ha im Vorjahr. Mit eigenen Rüben der Fabriken wurden bepflanzt 48,643 gegen 47,031 ha im Vorjahr; mit Aktienrüben und Pflichtrüben, welche vertragsmäßig den Fabriken zu liefern sind, wurden bepflanzt 128,976 gegen 124,446 ha im Vorjahr mit Kaufrüben und Ueberrüben wurden bepflanzt 247,385 gegen 202,027 ha im Vorjahr.

Deutscher Apfelwein.

Die deutsche Apfelweinerzeugung ist in einem noch immerfort in rascher Zunahme befindlichen Aufschwunge begriffen. Da das einheimische Rohmaterial nicht zur Deckung des Bedarfs ausreicht, so werden jahraus jahrein erhebliche Mengen von Aepfeln aus Frankreich importirt. Allein im Jahre 1891 erhielt Frankfurt a. M. aus Frankreich 1417 Wagenladungen voll zur Weinbereitung bestimmter Aepfel. In den nächsten Jahren nahmen die Aepfelzufuhren aus Frankreich noch viel beträchtlichere Dimensionen an. Ein französischer Konsulatsbericht taxirte schon für 1892 den Nutzen, den allein die frankfurter Apfelweinindustrie abwarf, auf 12 bis 13 Mill. Frcs. Deutscher Apfelwein gewinnt nicht nur innerhalb des Reiches ein stetig sich erweiterndes Absatzgebiet, sondern geht in beträchtlichen Mengen auch ins Ausland. Als hauptsächlichste Abnehmer deutschen Apfelweins sind die türkischen Hafenstädte, sowie Athen, Damaskus, Aden, Kalkutta, Sydney, Kapkolonie, New York, Baltimore, San Francisko, Buenos Ayres und selbst Peking zu nennen. Die in einigen Auslandsplätzen etablirten Kommissionäre für diesen Geschäftszweig sind mit Bestellungen überhäuft.

Verschiedene Mittheilungen.

* Der Besuch Li-Hung-Tschangs beim Fürsten Bismarck wird am 26. Juni auf der Rückfahrt des Vicekönigs von Hamburg nach Berlin erfolgen.

* Gouverneur v. Wissmann hat dem „Hamb. Korr." zufolge aus der Schweiz nach Berlin gemeldet, daß er in nächster Woche in Berlin eintreffen werde, um mit amtlichen Stellen über schwebende Fragen zu sprechen.

* Nicht weniger als 32 Generale der preußischen Armee sind im laufenden Vierteljahre, so wird in der „Voss. Ztg." zusammengerechnet, zur Disposition gestellt, darunter 10 im April, 7 im Mai und 15 im Juni. Die letzte Sonderausgabe des „Militär-Wochenbl." zählt nicht weniger als 12 Generale auf, die zur Disposition gestellt werden.

* Die erste konstituirende Versammlung des allgemeinen preußischen Städtetages wird nach Verabredung mit dem Herrn Oberbürgermeister Zelle in der zweiten Hälfte des September in Berlin stattfinden.

* Im Monat Mai d. J. haben 1360 Schiffe mit einem Nettoraumgehalt von 139,787 Registertonnen den Kaiser Wilhelm-Kanal benutzt und an Gebühren zusammen 78,206 Mark entrichtet.

* Für die chinesische Armee hat der Vicekönig Li-Hung-Tschang zwei preußische Offiziere verpflichtet, und zwar zur Errichtung einer Kriegsschule nach preußischem Muster. Es sind dies der Hauptmann und Compagniechef im Infanterie-Regiment von Stülpnagel (5. Brandenburgisches) Nr. 48 v. Falkenhayn und der Premierlieutenant und Adjutant im Grenadier-Regiment Nr. 12 Genz, die beide ihre Verträge bereits unterzeichnet haben. Beide sind um ihren Abschied aus der preußischen Armee eingekommen, haben aber gebeten, ihnen den Rücktritt ähnlich wie den nach Ostasien kommandirten Offizieren vorzubehalten. Dagegen versichert die „Post" entgegen der Meldung anderer Blätter, daß Verhandlungen über die Reorganisation der chinesischen Armee durch deutsche Offiziere — es wird namentlich Oberst Liebert als künftiger Reorganisator der chinesischen Armee genannt — weder abgeschlossen sind, noch gegenwärtig überhaupt schweben.

* Das Komitee für den Bau einer ostafrikanischen Centralbahn hielt am Freitag eine Sitzung ab, womit, den „B. N. N." zufolge, die eigentlichen Vorbereitungen für den Bahnbau beendet sind und danach an die Ausarbeitung einer Vorlage über den Bahnbau gegangen werden kann.

* Eine von mehr als hundert sächsischen Geistlichen besuchte Konferenz in Meißen erklärte sich gegen die von den Konservativen gewünschte fakultative Civilehe und für die Beibehaltung der obligatorischen Civilehe im Bürgerlichen Gesetzbuche.

* In Mainz ist zwischen dem Reichstags- und Landtagsabgeordneten Jöst und dem Vorstande der sozialdemokratischen Partei seit einiger Zeit ein Streit entstanden. In der sozialistischen mainzer „Volksstimme" veröffentlichen der Parteivorstand und der Abg. Jöst Erklärungen, worin man sich in Bezug auf eine Parteiversammlung, in welcher dem genannten Abgeordneten ein verblümtes Mißtrauensvotum ertheilt wurde, gegenseitig Lügen zu strafen sucht. Demnächst wird eine allgemeine Parteiversammlung zu dem Strette Stellung nehmen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

In Budapest fand am Freitag nachmittag 6 Uhr ein Hofdiner statt, zu welchem die Theilnehmer an der internationalen Telegraphen-Konferenz geladen waren. Nach dem Diner hielt der König Cercle, bei welchem der Handelsminister Daniel die Delegirten vorstellte. Der Monarch zeichnete dieselben sämmtlich durch Ansprachen aus.

Die ungarische Delegation nahm am Freitag in ihrer Plenarsitzung das ordentliche und das außerordentliche Heereserforderniß ohne Debatte unverändert an. Ebenso wurde der Voranschlag für Bosnien und die Herzegowina unverändert bewilligt, wobei die Delegation dem Reichsfinanzminister Baron Kallay Anerkennung und Dank für seine Wirksamkeit aussprach. Des weiteren berieth die Delegation das Budget des Auswärtigen, nahm den Voranschlag an und stimmte einem Antrage zu, nach dem dem Minister des Auswärtigen, Grafen Goluchowski, Dank und Anerkennung ausgesprochen wird.

Das Komitee zur Vorbereitung des Interparlamentarischen Kongresses hielt am Freitag eine Sitzung, in welcher beschlossen wurde, denselben für den 23. September einzuberufen. Nach Beendigung des Kongresses werden die Mitglieder in corpore der Eröffnung des Eisernen Thores beiwohnen. Abg. Pazmendy berichtete, daß sämmtliche europäische Parlamente großes Interesse bekundet hätten. Es wurde ein Unterausschuß gebildet, der sich zur Erledigung seiner Obliegenheiten mit den Präsidenten beider Häuser und mit der Regierung in Einvernehmen setzen wird.

Italien.

Baratieri wird sich am 24. d. nach Triest einschiffen. Derselbe wird, den neuesten Meldungen zufolge, ebenso wie der frühere Kriegsminister Mocenni, pensionirt.

Spanien.

Die Lage auf Kuba schildert man uns folgendermaßen:

„Die Regenzeit hat begonnen, und in allen Theilen der Insel herrscht nasses Wetter. Die spanische Armee kann deshalb, selbst wenn der Oberbefehlshaber es wollte, nicht zu einer kräftigen Offensive gegen die Aufständischen vorgehen. So wie so werden die Truppen furchtbar unter der Witterung zu leiden haben. Die meisten spanischen Soldaten sind blutjung und nicht an das Klima gewöhnt und das gelbe Fieber wird in ihren Reihen stark aufräumen. Die Militärbehörden haben nicht verabsäumt, gut eingerichtete Hospitäler bauen zu lassen, aber was nützen alle ärztlichen Vorkehrungen bei einer gelben Fieberepidemie? Für die Aufständischen scheint das feuchte Wetter keine Schrecken zu besitzen. Einer sagte mir, jetzt wären wir neue Generale ihnen zu Hilfe gekommen: Juni, Juli, August und September. Ich fürchte, mein Insurgentenfreund hat recht, daß die spanischen Truppen in den nächsten Monaten furchtbare Verluste erleiden werden. . . . . Der Haß der Kubaner gegen die spanische Herrschaft wird täglich größer und macht sich täglich auch mehr Luft. Häufig sind die Beschwerden nicht gerechtfertigt und unvernünftig. Aber der Haß ist so tief, daß eine Versöhnung mit dem spanischen Regiment, selbst wenn die liberalsten Reformen eingeführt würden, fast undenkbar ist. Man darf nicht vergessen, daß fast jeder Kubaner, wenn er nicht selbst in den Aufstand verwickelt ist, nahe Verwandte besitzt, welche mit den Insurgenten im Felde stehen. Seine Sympathien sind deshalb gänzlich bei den Rebellen. Die Thatsache mag nicht angenehm klingen, aber es ist die Wahrheit. Ein Fall von grausamer Ausschreitung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18960620031/fragment/page=0001

seitens der spanischen Truppen ist mir zu Ohren gekommen. Auf der Plantage eines Franzosen, Namens Betharte, wurde wie gewöhnlich in der Zuckerfabrik gearbeitet. Früh am Morgen passirte eine Schaar Aufständischer die Plantage. Später kamen spanische Truppen an. Da diese die Rebellen nicht fanden, so gingen sie in die Fabrik, wo die Arbeiter an der Arbeit waren und schossen vorläufig einfach vierzehn von diesen unschuldigen Leuten nieder. Neun waren Chinesen. Der Aufseher, ein Franzose Namens Duarte, eilte nach dem Wohnhaus und zog die französische Flagge auf, um seine Nationalität zu zeigen. Das half ihm gar nichts. Die Soldaten brachen die Thür auf und tödteten den Aufseher. Dann steckten sie die Plantage in Brand. Neun Zeugen haben diese Vorgänge vor dem französischen Generalkonsulat bezeugt. Die Angelegenheit ist der spanischen Regierung in Kuba sowohl wie in Madrid vorgelegt worden. General Weyler hat eine strenge Untersuchung angeordnet und die summarische Bestrafung der Uebelthäter versprochen. Hoffentlich wird sie die Wiederholung solcher Ausschreitungen verhindern."

Wie aus Barcelona berichtet wird, steht es fest, daß das letzte anarchistische Attentat gegen die Behörden gerichtet war. Unvorhergesehenerweise hatte die Geistlichkeit mit den Behörden am Schlusse der Prozession Platz gefunden. Für gewöhnlich hatte die Geistlichkeit in der Mitte des Zuges ihre Stellung inne.

Türkei.

Große Aufregung verursacht die Meldung des „Offiziellen griechischen Telegraphen-Bureaus" aus Kanea, wonach die türkischen Truppen das Dorf Bouta geplündert, sämmtliche Häuser und Kirchen zerstört und in den letzteren die Kreuze zertrümmert und die Heiligenbilder beschändet und vernichtet haben. Sodann haben sie die Gräber geöffnet und die Gebeine herausgenommen und zerstreut. Der Kommandant des englischen Panzers und der englische Konsul haben sich mit eigenen Augen von diesen Greueltaten überzeugt. Aehnliche Missethaten sind auch in Kalyva vorgekommen. — Da diese Meldung aus griechischer Quelle stammt und man in Athen ein Interesse daran hat, die Lage auf Kreta so schwarz wie möglich zu malen, so ist die vorstehende Nachricht vielleicht nicht allzu wörtlich zu nehmen.

Auch in Macedonien drohen der Pforte Gewitter, von deren Heraufziehen sie freilich Kenntniß hat. Wie nämlich die „Köln. Ztg." aus Konstantinopel meldet, verfolgt die Pforte mit großer Aufmerksamkeit die Bestrebungen des bulgarischen Komitees in Macedonien, Unruhen zu stiften. Die bulgarischen Kreise weisen offen darauf hin, man könne zuverlässig darauf rechnen, daß Rußland — wenn nicht direkt, so doch indirekt — Bulgarien unterstütze, und es sei mit Sicherheit anzunehmen, daß, sobald die bulgarische Bewegung in Macedonien festen Fuß gefaßt habe, Rußland nicht zugeben würde, daß diese Errungenschaften wieder rückgängig gemacht würden.

Rußland.

Ueber den Stand des großen Streiks in St. Petersburg läßt sich die „Köln. Ztg." aus Petersburg vom 17. Juni folgendermaßen berichten: Abgesehen von einigen ganz zu Anfang eingedrückten Fensterscheiben kam es seitens der ausständischen Arbeiter nirgends zu Ausschreitungen; sie verhalten sich vielmehr überall ruhig. Am lebhaftesten ging's noch bei den Fabriken vor der Narwaschen Pforte zu; als dort ein größerer Haufe nicht schnell genug auseinandergehen wollte, entsandte die Feuerwehr auf Befehl der Polizei kalte Wasserstrahlen gegen ihn; die erwartete Wirkung, ein fluchtartiges Auseinanderstieben, blieb aus, lachend genossen die Arbeiter das bei der herrschenden Hitze angenehme kühle Bad eine ganze Weile; dann erst gingen sie vergnügt auseinander. Die gestrige Ermahnung der Polizei, nachmittags die Arbeit wieder aufzunehmen oder der Ausweisung aus der Residenz bezw. des Abschubs in den Heimathsort gewärtig zu sein, blieb erfolglos. Nur wenige Frauen meldeten sich zur Arbeit; mit diesen allein konnten aber die Fabrikanten nicht arbeiten. Bisher ist noch nicht bekannt geworden, daß die polizeiliche Abschubsdrohung zur Ausführung gebracht ist. Gleich im Anfang des Ausstandes verhaftete die Polizei mehrere Arbeiter, die sie für Leiter und Rädelsführer hielt; doch thaten diese Verhaftungen dem weiteren Umsichgreifen des Ausstandes keinen Abbruch. Die Arbeiter bestehen übrigens weniger auf direkter Lohnerhöhung, als vor allem auf Herabsetzung der bisherigen 13-, ja 14stündigen, auf 9- bezw. 10stündige Arbeitszeit. Eine gefüllte Ausstandskasse, aus der angeblich Familien 5 Rubel wöchentlich erhalten, soll vorhanden sein. Bewahrheitet sich das, so müßte das Geld vom Auslande — man denkt an England — stammen, denn die russischen Arbeiter besitzen schwerlich die nöthige Energie, von langer Hand für Ausstandskassen zu sammeln. Die Verzögerung der Rückkehr des Kaisers hierher — er wollte bereits am 9. oder 12. d. seinen Einzug in Petersburg halten — wird mit dem Ausstand in Zusammenhang gebracht.

Nordamerika.

Angesichts der von der republikanischen Nationalkonvention in St. Louis beliebten Formulirung ihres Parteiprogramms kann man sich der Ueberzeugung kaum verschließen, daß, wenn die Republikaner aus der Präsidentschaftswahlcampagne als Sieger hervorgehen sollten, in dem Verhältniß Europas zu Amerika ein tiefgehender grundsätzlicher Umschwung nur noch eine Frage kurz bemessener Frist sein dürfte. Der leitende Gesichtspunkt des republikanischen Programms läßt sich kurz und bündig in die Worte zusammenfassen: Amerika den Amerikanern. Deshalb nimmt in ihren politischen Theorien die Monroedoktrin denn auch den Ehrenplatz ein. Ihr muß sich alles andere unterordnen. Daß Amerika von Europa aus entdeckt, besiedelt, kultivirt und zu seiner jetzigen Höhe wirthschaftlicher und geistiger Entwickelung emporgehoben worden ist, wird von den Verfassern des St. Louis'er republikanischen Parteiprogramms schlankweg ignorirt. Wenn alles nach ihren Wünschen ginge, so wäre der vollständige Rückzug Europas vom amerikanischen Boden schon jetzt vollzogene Thatsache. Als wünschenswerthes Endziel der künftigen geschichtspolitischen Entwickelung wird aber das Verschwinden jeglicher Spur europäischer Herrschaft vom transatlantischen Kontinent mit unzweideutigen Worten ausgesprochen. Kuba soll den Spaniern durch das Mittel der Anerkennung der dortigen Insurgenten als kriegführende Macht aus den Händen gewunden, den Dänen sollen ihre westindischen Besitzungen gegen klingende Münze abgekauft und zur Errichtung einer amerikanischen Flottenstation verwendet werden, wofür nach dem Dafürhalten der republikanischen Programm-Redacteure ein „dringendes Bedürfniß" vorliegt. Jene Herren glauben offenbar, mit Spanien als einer Macht zweiten Ranges wenig Umstände nöthig zu haben, auch die Art, wie sie über den dänischen Kolonialbesitz in Westindien verfügen, zeugt nicht von besonderem Zartgefühl diesem kleinen Staatswesen gegenüber. Andere, mächtigere europäische Nationen, denen man selbst beim besten Willen ihre amerikanische Position nicht mir nichts dir nichts unter den Füßen wegziehen kann, werden nicht namentlich spezifizirt, auch weiß man in Europa ja nicht erst seit heute oder gestern, welche Verwirrung die Monroedoktrin in den Köpfen transatlantischer Politiker zumal dann anrichtet, wenn es sich um wahltaktischen Stimmenfang handelt. Da kommt es den Drahtziehern auf eine gehörige Portion nativistischer Ueberhebung nicht im mindesten an, sie geniren sich nicht, Theorien aufzustellen, die bei dem geringsten Versuch ihrer praktischen Verwirklichung Amerika in Krieg mit einem Vierteldutzend europäischer Mächte zugleich verwickeln müßten. Wenn also die Rodomontaden des Yankeethums auch nicht tragischer genommen werden sollten, als sie verdienen, so darf das doch voranschauende Politiker nicht blind machen gegen die Thatsache, daß jenseits des Atlantic der Drang, sich von Europa thunlichst zu emanzipiren, riesige Fortschritte macht. Selbst von der eigentlichen Politik zunächst abgesehen, wäre es schon eine ungewöhnlich ernste Wendung, wenn die Vereinigten Staaten unter der Präsidentschaft eines Mac Kinley das schutzzöllnerische Regime bis zum Extrem des Prohibitionismus ausbildeten. Europa im allgemeinen und Deutschland im besonderen würde die Folge einer hermetischen Absperrung des amerikanischen Marktes für die Erzeugnisse der diesseitigen Industrien sehr bald und sehr empfindlich am eigenen Leibe spüren. Wenngleich nun bei der Unberechenbarkeit amerikanischer Verhältnisse der Sieg der Republikaner noch nicht als apodiktisch sicher prophezeit werden soll, so ist er doch naheliegend genug, um Europa schon jetzt die Pflicht ans Herz zu legen, sich auf den Einzug Mac Kinley's ins Weiße Haus allen Ernstes vorzubereiten. — Wie uns aus St. Louis telegraphisch gemeldet wird, beschlossen die Silberleute, eine winzige Minorität, welche sich am Donnerstag aus der Konvention zurückzog, eine Adresse zu erlassen, in welcher sie das Goldprogramm verurtheilen und den Senator Teller als Kandidaten der Silberanhänger für den Präsidentenposten aufstellen. Bei der herrschenden Stimmung hat jedoch ein Anhänger der Silberwährung so gut wie gar keine Aussichten.

Der Tod des Marquis von Morès,

dessen Ermordung in Afrika wir schon meldeten, veranlaßt einige pariser Blätter, wie „Figaro" und „Matin," allerlei Anspielungen auf die Geheimnisse der Wüste zu machen, in denen vielleicht die wirklichen Ursachen der Vernichtung der Expedition Morès verborgen seien. Guerin, der Freund Morès', sagt sogar in einem Interview mit dem „Gaulois" geradezu heraus, die Engländer hätten Morès ermorden lassen. Morès beabsichtigte nämlich, durch Tunis in das Gebiet der Derwische vorzudringen, sich mit deren Mogadem in Verbindung zu setzen, dann auf der Karawanenstraße weiter nach Khartum zu ziehen, unterwegs möglichst viel Tuareg-Krieger um sich zu gruppiren, sie in der europäischen Kriegführung auszubilden, sich an ihre Spitze zu stellen und mit ihnen den Engländern entgegentreten, wenn sie versuchen würden, sich des Sudans zu bemächtigen, um sich für die Räumung Egyptens zu entschädigen, die der Marquis de Morès über kurz oder lang für unausbleiblich hielt. Zugleich wollte er versuchen, eine Art Bündniß zwischen Frankreich und dem Mahdi zusammenzubringen, — und das alles auf eigene Hand, ohne jeden Auftrag und ohne jede Unterstützung von Seiten der französischen Regierung. Diesen tollkühnen Plan büßte der Marquis, der als Abenteurer bekannt war, mit dem Tode. Indessen widmen dem Ermordeten viele pariser Blätter sympathische Nachrufe. Der „Figaro" schreibt, wenn die Aristokraten gleich Morès kühne Unternehmungen ausführen würden, statt in Paris ein Müßiggänger-Leben zu führen, dann würde bald der politische Mißkredit aufhören, dem sie in Frankreich verfallen.

Deutscher Reichstag.

109. Sitzung vom 19. Juni, 11 Uhr.

(Schluß aus der Morgenausgabe.)

Nach Ablehnung des Antrages Richter macht der Präsident einige Mittheilungen über die geschäftliche Behandlung.

Das Gesetzbuch zerfällt in fünf Bücher (Allgemeiner Theil, Recht der Schuldverhältnisse, Sachenrecht, Familienrecht, Erbrecht)

Das erste Buch (allgemeiner Theil) handelt in seinem ersten Abschnitt von den Personen, und speziell in seinem ersten Titel von den natürlichen Personen (§§ 1—20.).

Die Kommission hat an diesem ersten Titel keine Aenderungen vorgenommen.

Abg. Auer (Soz. und Gen.) beantragen zu § 6 Nr. 3 die Zulassung der Entmündigung wegen Trunksucht auszuschließen.

Abg. Lenzmann (fr. Vp.) wendet sich gegen den Antrag.

Abg. Frohme (Soz.) befürwortet denselben. Wenn man die Trunksucht bekämpfen wolle, so bedürfe es ganz anderer Mittel als der Zulassung der Entmündigung. Es handle sich hier nur um eine Klassenbestimmung gegen die Arbeiter.

Abg. Dr. Bachem (Ctr.): Die Trunksucht an sich werde man allerdings so nicht aus der Welt schaffen, wohl aber den Trunksüchtigen und seine Familie schützen können durch eine event. Entmündigung. Von einem Klassengesetz sei hier keine Rede.

Abg. Stadthagen (Soz.) tritt für den Antrag Auer ein.

Abg. v. Cuny (ntl.) empfiehlt dagegen Annahme des § 6 ohne Antrag Auer und bestreitet einer Aeußerung des Vorredners gegenüber, daß man hier ein Klassengesetz schaffen wolle.

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Bebel und Bachem und des Staatssekretärs Nieberding wird der Antrag Auer abgelehnt und § 6 angenommen, ebenso der Rest des Titels „Natürliche Personen."

Der Titel „Juristische Personen" (§§ 21—85) zerfällt in die Abschnitte I: Vereine, a) Allgemeine Vorschriften (§§ 21—51), b) Eingetragene Vereine (§§ 52—76); II: Stiftungen (§§ 77 bis 84).

Nach § 21 der Kommissionsfassung erlangt ein Verein, dessen Zweck nicht auf einen wirthschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist, Rechtsfähigkeit durch Eintragung in das Vereinsregister des zuständigen Amtsgerichts.

Die ursprüngliche Fassung der Regierungsvorlage lautet:

Vereine zu gemeinnützigen, wohlthätigen, wirthschaftlichen, künstlerischen oder anderen nicht auf einen wirthschaftlichen, Geschäftsbetrieb gerichteten Zwecken erlangen Rechtsfähigkeit durch Eintragung in das Vereinsregister oder durch staatliche Verleihung."

Abg. v. Strombeck (Centr.) beantragt Wiederherstellung der Regierungsvorlage mit Ausnahme der letzten Worte „oder durch staatliche Verleihung."

Abg. Auer u. Gen. (Soz.) beantragen prinzipaliter statt §§ 21—85 zu setzen:

a) Die Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie alle Vereine mit körperschaftlicher Verfassung sind als solche vermögensfähig. Ein Verein besitzt eine körperschaftliche Verfassung, wenn die Verwaltung der gemeinsamen Angelegenheit einem Vorstand mit satzungsmäßiger Vollmacht übertragen ist. Die Satzung muß schriftlich abgefaßt sein. Die reichsgesetzlich bereits geregelten Körperschaften, Genossenschaften und sonstigen Vereine bleiben bei ihrem bisherigen Recht.

b) Die Vereinsmitgliedschaft ist unveräußerlich, die Ausübung der einzelnen Mitgliedsrechte ist unübertragbar.

Die Debatte erstreckt sich bereits über sämmtliche §§ 21—85, zu welchen auch folgende Anträge vorliegen:

1. ein Eventualantrag Auer u. Gen. a) in § 40 folgende Bestimmungen zu streichen:

„einem Vereine, dessen Zweck nach der Satzung nicht auf einen wirthschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist, kann die Rechtsfähigkeit entzogen werden, wenn er einen solchen Zweck verfolgt — einem Vereine, der nach der Satzung einen politischen, sozialpolitischen oder religiösen Zweck nicht hat, kann die Rechtsfähigkeit entzogen werden, wenn er einen solchen Zweck verfolgt — einem Verein, dessen Rechtsfähigkeit auf Verleihung beruht, kann die Rechtsfähigkeit entzogen werden, wenn er einen anderen als den in der Satzung bestimmten Zweck verfolgt.

b) Folgendes zu bestimmen:

Die Entziehung der Rechtsfähigkeit kann nur auf Antrag des Staatsanwalts durch Beschluß des Amtsgerichts, in dessen Bezirk der Verein seinen Sitz hat, ausgesprochen werden. — Gegen den dem Antrag stattgebenden Beschluß steht dem Verein innerhalb eines Monats nach der Zustellung des Beschlusses die Klage bei dem Landgericht zu. — Beruht die Rechtsfähigkeit auf Verleihung durch den Bundesrath, so erfolgt die Entziehung durch Beschluß des Bundesraths.

2. ein Antrag Ancker (freis. Vp.) und Gen., welcher an Stelle der entsprechenden Vorschriften des Gesetzes folgendes zu bestimmen vorschlägt:

Dem Vereine kann die Rechtsfähigkeit entzogen werden wenn er einen Zweck verfolgt, der gegen ein gesetzliches Verbot oder gegen die guten Sitten verstößt, oder wenn er durch einen gesetzwidrigen Beschluß der Mitgliederversammlung oder durch gesetzwidriges Verhalten des Vorstandes das Gemeinwohl gefährdet.

Einem Vereine, dessen Zweck nach der Satzung nicht auf einen wirthschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist, kann die Rechtsfähigkeit entzogen werden, wenn er einen solchen Zweck verfolgt.

Einem Vereine, dessen Rechtsfähigkeit auf Verleihung beruht, kann die Rechtsfähigkeit entzogen werden, wenn er einen anderen als den in der Satzung bestimmten Zweck verfolgt.

Die Entziehung der Rechtsfähigkeit erfolgt auf Antrag des Staatsanwalt durch Beschluß des Amtsgerichts, in dessen Bezirke der Verein seinen Sitz hat.

Gegen den ablehnenden Beschluß steht dem Staatsanwalte, gegen den stattgebenden Beschluß dem Verein innerhalb eines Monats nach der Zustellung des Beschlusses die Klage bei dem Landgerichte zu. Die Klage ist von dem Staatsanwalte gegen den Verein, von dem Vereine gegen den Staatsanwalt zu richten; das Landgericht ist ausschließlich zuständig.

Beruht die Rechtsfähigkeit auf Verleihung durch den Bundesrath, so erfolgt die Entziehung durch Beschluß des Bundesraths.

Die Eintragung ist von dem Amtsgericht abzulehnen, wenn der Zweck des Vereins auf einen wirthschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist, oder gegen ein gesetzliches Verbot oder gegen die guten Sitten verstößt, oder wenn den Erfordernissen der §§ 53—56 nicht genügt ist. In dem Beschlusse sind die Gründe der Ablehnung anzugeben.

Gegen den ablehnenden Beschluß steht dem Verein innerhalb eines Monats nach der Zustellung des Beschlusses die Klage bei dem Landgerichte zu. Die Klage ist gegen den Staatsanwalt zu richten. Das Landgericht ist ausschließlich zuständig.

Abg. Lenzmann (frs. Vg.) begründet den Antrag Ancker und, macht dem Centrum den Vorwurf, daß es beim Vereinsrecht umgestellen sei und seine früheren freiheitlichen Grundsätze aufgegeben habe, obwohl es hätte wissen müssen, daß der Bundesrath an dieser Frage das Gesetz nicht hätte scheitern lassen.

Abg. Gröber (Ctr.) vertheidigt das Centrum gegen diese Vorwürfe und führt aus, daß der praktische Unterschied zwischen dem Kommissionsbeschlusse und dem Antrage Ancker gar nicht so erheblich sei. Die Vorschläge der Kommission gestatteten eine freiere Bewegung auf dem Gebiete des Vereinswesens als die Regierungsvorlage.

Inzwischen ist ein Antrag Lenzmann eingegangen, im Antrage von Strombeck hinter dem Worte „Zwecke" einzufügen: „Berufsvereine oder Zweckvereine."

Abg. v. Buchka (kons.): Wir haben in der Kommission von vornherein erklärt, daß wir mit den Vorschlägen der Kommission einverstanden sind, und wir sind uns konsequent geblieben. Wir erklären uns auch hier gegen die Abänderungsanträge.

Abg. Stadthagen (Soz.): Unser Antrag ist der allein konsequente und gerechte. Ob der Antrag Ancker oder die Kommissionsbeschlüsse angenommen werden, ist der Arbeiterklasse absolut gleichgiltig. Die Freisinnigen lassen dem Staatsanwalt zu viel Spielraum. Der sozialdemokratische Antrag ist die Konsequenz dessen, was auch Prof. Schmn als nothwendig anerkannt hat, den doch niemand für einen Sozialdemokraten halten wird. Die Sozialdemokratie verfolgt viel ernstere kulturelle Ziele als alle anderen Parteien, aber wir sind überzeugt, daß, auch wenn unsere Anträge angenommen werden, wir anders behandelt werden als die anderen Parteien, namentlich, nachdem der preußische Justizminister den Satz: „Wenn zwei dasselbe thun, so ist es nicht dasselbe," als geltenden Rechtssatz hingestellt hat, während er früher nur als Parodie galt.

Abg. Frhr. v. Stumm (Rp.): Meine Freunde haben schon, bezüglich ihrer Zustimmung zu der Kommissionsfassung, ein großes Entgegenkommen bewiesen, das ihnen sehr schwer geworden ist. Nun aber müssen wir sagen: „Bis hierher und nicht weiter!" und die beiden gestellten Anträge ablehnen.

Abg. v. Strombeck (Ctr.) befürwortet seinen Antrag, der nur aus Zweckmäßigkeitsgründen gestellt sei.

Abg. v. Dziembowski-Pomian (Pole) bemängelt die Kommissionsbeschlüsse.

Darauf wird unter Ablehnung sämmtlicher Anträge § 20 in der Kommissionsfassung angenommen; abgelehnt wurden ferner auch noch der Eventualantrag Auer und der Antrag Ancker. Da diese Anträge sich auf §§ 40 und 41 (Entziehung der Rechtsfähigkeit der Vereine und Verfahren hierbei) beziehen, wird ebenfalls auch jetzt schon über diese beiden Paragraphen abgestimmt. Dieselben werden in der Kommissionsfassung angenommen.

Präsident Freiherr v. Buol bemerkt, daß er künftig nur diejenigen Paragraphen aufrufen wolle, zu denen das Wort verlangt werde. Die übrigen werde er als angenommen betrachten.

(Inzwischen ist der Reichskanzler Fürst Hohenlohe im Saal erschienen.)

Auch der dritte Abschnitt „Rechtsgeschäfte" wird unter Ablehnung von Anträgen der Sozialdemokraten (Auer u. Gen.) sowie der Polen (Abg. v. Dziembowski-Pomian) unverändert und ohne bemerkenswerthe Debatte angenommen; jedoch wird die Berathung über die §§ 131—134 einstweilen ausgesetzt.

Der vierte Abschnitt „Fristen und Termine" wird ohne Debatte erledigt. Auch der fünfte Abschnitt „Verjährung" bleibt unverändert, nachdem ein Antrag Auer zu § 191 sowie ein Antrag Bassermann zu § 199 abgelehnt ist. Schließlich werden auch der sechste Abschnitt „Selbstvertheidigung, Selbsthilfe" sowie der siebente Abschnitt „Sicherheitsleistung" ohne Diskussion angenommen.

Damit ist das erste Buch, welches bis § 234 sich erstreckt, erledigt.

Alsdann vertagt das Haus die weitere Berathung auf Sonnabend 11 Uhr. Außerdem soll da die Schlußabstimmung über die Novelle zur Gewerbeordnung vorgenommen werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18960620031/fragment/page=0002

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

84. Sitzung vom 19. Juni, 11 Uhr.

Eingegangen ist vom Vicepräsidenten des Staatsministeriums eine Einladung zu einer vereinigten Sitzung beider Häuser des Landtages behufs Entgegennahme einer Allerhöchsten Botschaft auf Sonnabend nachmittags 3 Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen Petitionen. Ueber eine Petition des früheren Lokomotivheizers Schwarz in Altona, betreffend seine Pensionsverhältnisse, geht das Haus zur Tagesordnung über.

Eine Petition des Landwirthschaftlichen Vereins in Breslau um Erhöhung der Abgaben auf dem Dortmund-Emskanal für Beförderung landwirthschaftlicher Produkte beantragt die Kommission der Regierung zur Erwägung zu überweisen.

Abg. **Wallbrecht** (nl.): Ich wollte eigentlich den Uebergang zur Tagesordnung beantragen, sehe aber mit Rücksicht auf die Erklärungen des Ministers im Herrenhause davon ab; der Minister hat sich damals gegen den Antrag der Herrenhauskommission auf Ueberweisung der Petition zur Berücksichtigung ausgesprochen. Würde der Antrag der Petenten angenommen, so würde der Kanal uns keinen Nutzen gewähren, wir würden vielleicht den ganzen Verkehr an Holland verlieren. Wir brauchen billige Preise und ein ausgedehntes Kanalnetz. Der Dortmund-Emskanal kommt erst zur Geltung, wenn wir den Mittellandkanal haben werden.

Abg. **Hirt** (kons): Als Vorsitzender des Landwirthschaftlichen Vereins in Breslau bitte ich um Annahme des Kommissionsantrages. Wenn der Minister im Herrenhause uns in Breslau das Recht absprach, uns mit dieser Sache zu befassen, so muß ich die Richtigkeit seiner Aeußerungen bestreiten. Wir sehen in den jetzigen Tarifen eine Schädigung unseres Getreideabsatzes und unserer Mühlenindustrie, und wir betrachten es überhaupt als unsere Aufgabe, uns mit volkswirthschaftlichen Fragen zu beschäftigen. Hier handelt es sich um eine Frage von weitgehender Bedeutung für die Landwirthschaft und wir können mit dem Ergebniß der Erörterungen in der Kommission zufrieden sein.

Der Kommissionsantrag wird angenommen.

Durch Uebergang zur Tagesordnung werden weiterhin eine große Zahl Petitionen erledigt.

Die Petitionen der berliner Gefängnißbeamten Hartwig und Gen. um Vereinigung der Gefängnißinspektoren, Sekretäre und Assistenten zu einer Besoldungsklasse, sowie des Gefängnißinspektionsassistenten Reptowitz in Ratibor und Gen. um Verbesserung der Anstellungs- und Gehaltsverhältnisse werden der Regierung als Material überwiesen. Eine Petition des Präparandenanstaltsvorstehers Schmidt in Osterwieck um Ertheilung der Pensionsberechtigung auch für die Zeit seiner Thätigkeit an städtischen öffentlichen Präparandenanstalten wird der Regierung zur Erwägung überwiesen. Zur Berücksichtigung wird der Regierung die Petition von Bogall in Bütz um Errichtung einer katholischen Schule überwiesen.

Die Petition des Eisenbahnsekretärs Ackers und Gen., Staatsbeamten aus den Städten St. Johann und Saarbrücken, um Genehmigung einer Theuerungszulage an die Staatsbeamten daselbst, beantragt die Kommission der Regierung als Material zu überweisen.

Abg. **Möller** (nl.): Ich halte die Erfüllung der Wünsche der Petenten für eine absolute Nothwendigkeit, wenn den Beamten von besonders theuren Orten nicht geradezu eine Strafe auferlegt werden soll. Von der Stellung eines besonderen Antrages nehme ich Abstand, da bei der Geschäftslage des Hauses keine Aussicht ist, einen solchen durchzubringen. Ich hoffe aber, daß die Regierung in eine nähere Untersuchung der Sache eintreten wird.

Abg. Dr. **Glattfelter** (Centr.) schließt sich diesen Ausführungen an und betont die Nothlage der in Frage stehenden Beamten.

Der Antrag der Kommission wird angenommen.

Die Petitionen der Stadt Tremessen um Uebernahme des Zuschusses der Stadt zur Erhaltung des dortigen Progymnasiums auf die Staatskasse, sowie der Gemeindevertretung in Bimenbergerdorf um Bewilligung einer Beihilfe aus der Staatskasse zu den Kosten des Baues einer Ortsschule, werden der Regierung zur Erwägung überwiesen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Präsident **v. Koller** giebt die übliche Uebersicht über die Thätigkeit des Hauses in der verflossenen Session.

Abg. Frhr. **v. Huene** (Ctr.): Ich spreche gewiß im Sinne des ganzen Hauses, wenn ich dem Herrn Präsidenten für die umsichtige und unparteiische Leitung der Geschäfte des Hauses, an die wir schon seit langen Jahren gewöhnt sind, auch in diesem Jahre unseren herzlichen Dank ausspreche. (Beifall.)

Präsident **v. Koller**: Ich danke Ihnen für die freundlichen Worte, denen Sie zuzustimmen scheinen, und bitte um die Erlaubniß, dieselben mit beziehen zu dürfen auf meine beiden Kollegen im Präsidium, auf die Herren Schriftführer und auf die Herren Quästoren (Zustimmung). Ich danke Ihnen allen für die freundliche Unterstützung, die sich auch im Laufe dieser Session wiederum von allen Seiten erfahren habe. Ich fordere Sie auf, heute wie immer zum Schluß unserer Sitzungen einzustimmen in den Ruf: Se. Majestät der Kaiser und König, unser Allergnädigster Herr, er lebe hoch! (Das Haus stimmt dreimal in diesen Ruf ein.) Ich schließe die Sitzung.

Schluß 1¾ Uhr.

Herrenhaus.

18. Sitzung vom 19. Juni, 1 Uhr.

Am Ministertische Justizminister Schönstedt, Finanzminister Miquel, Kommissare.

Vor Eintritt in die Tagesordnung macht

Vicepräsident Frhr. **v. Manteuffel** die Mittheilung, daß die Mitglieder des Herrenhauses zu einer vereinigten Schlußsitzung beider Häuser des Landtages auf Sonnabend nachmittag 3 Uhr im Sitzungssaale des Abgeordnetenhauses vom Vicepräsidenten des Staatsministeriums eingeladen werden.

Bei der Berathung des Gesetzentwurfs, betr. die Fideikommisse in Neuvorpommern und Rügen spricht

v. Platen-Venz seine Bedenken gegen das Gesetz aus, dessen Einführung vielfach Verirrungen und Unzuträglichkeiten hervorrufen würde.

Minister **Schönstedt** befürwortet den Gesetzentwurf, dessen Annahme im wirthschaftlichen Interesse vieler Besitzer dringend wünschenswerth sei.

Fürst **zu Puttbus** begrüßt den Entwurf mit Freuden, der namentlich den kleineren Besitzern zu gute kommen würde. Durch das Gesetz habe die Regierung einen Nothstand der Landwirthschaft anerkannt.

Der Gesetzentwurf wird darauf unverändert angenommen.

In der Vorlage erscheint der Vicekönig Li-Hung-Tschang mit seinem Dolmetscher. Vicepräsident Frhr. v. Manteuffel begrüßt denselben.

Der am 25. Februar d. J. zwischen Preußen, Oldenburg und Bremen abgeschlossene Vertrag über den weiteren Ausbau der Fahrbahn in der Außenweser erhält die Zustimmung des Hauses.

Die Denkschrift über die Ausführung des Gesetzes vom 13. August 1895, betr. die Bewilligung von Staatsmitteln zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern, die in staatlichen Betrieben beschäftigt sind und von gering besoldeten Staatsbeamten wird durch Kenntnißnahme für erledigt erklärt.

Die Petition um Herstellung einer Bahnlinie von Hörschel oder Herleshausen über Nebra nach Hohenelche an der Werrabahn wird der Regierung als Material überwiesen.

Die Petitionen um Aenderung des schlesischen Schulreglements beantragt die Kommission mit Rücksicht auf die von der Staatsregierung auf Grund der Resolution des Abgeordnetenhauses vom 9. März 1896 im Verwaltungswege beabsichtigte Regelung der fraglichen Verhältnisse der Staatsregierung als Material zu überweisen.

Dazu liegt ein Antrag des Grafen **v. Zieten-Schwerin** vor, die Petition der Staatsregierung als Material für den Erlaß eines allgemeinen Volksschulgesetzes zu überweisen.

Graf **v. Zieten-Schwerin** begründet seinen Antrag, indem er ausführt, daß in Schlesien ganz unhaltbare Zustände auf dem Schulgebiet herrschen. Hier mache sich eine Buntscheckigkeit geltend, die nur noch übertroffen werde durch die Buntscheckigkeit, die allgemein in unserem Vaterlande herrsche. Um diese Uebelstände zu beseitigen, sei ein allgemeines Schulgesetz durchaus nothwendig; die Regierung könne sich dieser Nothwendigkeit nicht entziehen, ohne sich die allergrößten Vorwürfe machen lassen zu müssen.

Geh. Regierungsrath **Chappuis** erklärt, daß die Regierung die Zeit für ein allgemeines Schulgesetz noch nicht für gekommen hält. Im übrigen würden die einzelnen Fälle geprüft werden und nach Möglichkeit Erleichterung geschaffen werden.

Graf **Klinckowström** tritt für den Antrag des Grafen Zieten-Schwerin ein. Die jetzigen Zustände, bei welchen die Verhältnisse im Verwaltungswege geregelt werden sollen, seien ganz unhaltbar. Eine gesetzliche Regelung der Schulverhältnisse sei durchaus nothwendig.

v. Schöning empfiehlt den Antrag der Kommission.

v. Wedell erklärt sich für den Antrag Zieten und hält eine gesetzliche Regelung der vorliegenden Frage für dringend wünschenswerth.

Graf **v. d. Schulenburg-Beetzendorf** bedauert die Ablehnung des Lehrerbesoldungsgesetzes und tritt lebhaft für die Vorlegung eines allgemeinen Volksschulgesetzes ein. Die Regierung mag sich drehen und wenden, wie sie will, sie wird über die Frage nicht hinwegkommen, diese das ganze Volksleben bewegende Angelegenheit durch prinzipielle Regelung zur Klarheit zu bringen.

Oberbürgermeister **Struckmann** hofft, daß das Haus, wenn die Vorlage eines Lehrerbesoldungsgesetzes wieder komme, demselben zustimmen werde, anstatt vielleicht auf unabsehbare Zeit auf ein allgemeines Volksschulgesetz zu warten.

v. Dieß weist darauf hin, daß betreffs der Vertheilung der Schullasten in den Gemeinden nicht blos in Schlesien, sondern in der ganzen Monarchie ein grenzenloser Wirrwar herrsche. Redner erklärt sich für den Antrag v. Zieten-Schwerin.

Darauf wird der Antrag Zieten-Schwerin mit großer Mehrheit angenommen, womit zugleich der Antrag der Kommission erledigt ist.

Die Petition um Erhebung der Stadt Stenschewo zur Kreisstadt und Verlegung des Landrathsamts des Kreises Posen-West dahin wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. (Gesetzentwurf, betr. Aufhebung der Hypothekenämter im Geltungsbereich des Rheinischen Rechts.)

Schluß 3½ Uhr.

Letzte Nachrichten.

London, 20. Juni. Rußland, Frankreich und England fordern von der Pforte die Reaktivirung des Vertrages von Halepa für Kreta. Dies entspricht aber keineswegs den Wünschen der Kretenser, welche die Bestimmungen des betr. Vertrages für unzureichend halten und volle Autonomie verlangen.

Meteorologische Station zu Halle.

	19. Juni. (9 Uhr 12 Min. ab.)	20. Juni. (7 Uhr 12 Min. mrg.)
Barometer Millimeter	760 4	759.8
Thermometer Celsius	18,4	19,4
Rel. Feuchtigkeit	67 %	83 %
Wind	NW 2	NW 1

Maximum der Temperatur am 19. Juni. 22,8° C.
Minimum in der Nacht vom 19. Juni zum 20. Juni 14,7° C.
Niederschlag am 20 Juni 7 Uhr morgens: 0,0 mm
Wasserwärme der Saale am 20. Juni, mitgetheilt vom Florabade: 18—19°.

Witterungsaussichten f. d. nächsten Tage i. mittl. Deutschl.

Von der biscayischen See her schiebt sich ein Gebiet ziemlich hohen Luftdrucks über Europa, das für unsere Gegenden noch anhaltend warmes, heiteres, ruhiges und trockenes Wetter wahrscheinlich macht.

Bericht des Berliner Wetterbureaus vom 19. Juni.

(8 Uhr morgens.)

Stationen	Barom. mm	Windrichtung u. Windstärke (Skala 1—12)		Wetter	Temperatur C°
Memel	762	SSW	3	halbbedeckt	25
Swinemünde	765	NNW	3	wolkig	19
Hamburg	768	W	4	heiter	17
Borkum	768	WSW	2	heiter	16
Hannover	767	still		wolkig	17
Berlin	766	NW	3	wolkig	20
Breslau	765	NNW	4	halbbedeckt	21
Bamberg	768	N	1	halbbedeckt	19
München	770	NW	3	bedeckt	18
Wien	765	WNW	4	halbbedeckt	20
Prag	765	N	2	bedeckt	20
Triest	765	still		bedeckt	22
Petersburg	762	WSW	2	wolkenlos	19
Haparanda	756	SO	3	wolkenlos	19
Stockholm	760	SW	2	heiter	25
Kopenhagen	764	NW	3	halbbedeckt	18
Aberdeen	763	SW	1	halbbedeckt	14
Cork	767	OSO	2	halbbedeckt	15
Paris	766	NNO	1	wolkig	16

Waaren- und Produktenberichte.

Wolle. Baumwolle.

• **Leipzig**, 19. Juni. Kammzug-Terminhandel. Laplata, Grundmuster B, per Juni 3,27½ M., per Juli 3,27½ M., per Aug. 3,30 M., per Sept. 3,32½ M., per Okt. 3,32½ M., per Nov. 3,35 M., per Dez. 3,35 M., per Jan. 3,37½ M., per Febr. 3,40 M., per März 3,40 M. per April 3,40 M., per Mai 3,40 M. Umsatz: 20,000 kg. Ruhig.

• **Bremen**, 19. Juni. Wolle. Umsatz 117 Ballen.

• **Liverpool**, 19. Juni. Nachm. 12 Uhr 50 Minuten. Baumwolle. Umsatz 10,000 B., davon für Spekulation und Export 500 B. Weichend. Tinnevelly 1/16 niedriger.

Amerik good ord. 3 29/32, do. low middling 3 27/32, do. middling 3 15/16. Middl. amerikan. Lieferungen: Juni-Juli 3 27/64, Aug.-Sept. 3 30/64, Okt.-Nov. 3 34/64, Dez.-Jan. 3 40/64 d Alles Werth.

• **Liverpool**, 19 Juni. Nachm. 4 Uhr 20 Minuten. Baumwolle. Umsatz 10,0 0 B., davon für Spekulation und Export 500 B. Willig.

American good ordinary 3 23/32, do. low middling 3 21/32, do. middling 3 15/16.

Middl. amerikan. Lieferungen: Ruhig stetig. Juni-Juli 3 23/64 bis 3 24/64 Käuferpreis, Juli-Aug 3 26/64—3 27/64 do., Aug-Sept. 3 30/64—3 29/64 Verkäuferpreis, Sept.-Okt. 3 34/64—3 33/64 do., Okt.-Nov 3 37/64—3 36/64 do., Nov.-Dez. 3 40/64—3 39/64 do., Dez.-Jan. 3 40/64—3 39/64 do., Jan.-Febr. 3 40/64 bis 3 39/64, Febr.-März 3 41/64—3 40/64 Werth, März-April 3 41/64 d. Verkäuferpreis.

Sämereien.

• **Petersburg**, 19. Juni. Hanf loco —,—. Leinsaat loco 0,95.

Wegen vorgerückter Saison sind nachstehende Artikel

bedeutend unter Herstellungspreis

zum Verkauf gestellt:

Staub- und Regen-Mäntel, Spitzen-Umhänge, Fantasie-Kragen, Capes, Jackets, Blousen, Costumes, Morgenröcke, Unterröcke, Kinderkleider, Kinder-Blousen, Kinder-Mäntel und Kinder-Jackets.

Garnirte u. ungarnirte **Damen- u. Mädchen-Hüte, Modellhüte, Reise-, Strand- u. Garten-Hüte, Knaben-Hüte u. Mützen, Helgoländer, Spitzen, Seidenband, Blumen, Federn, Fächer, Entoutcas, Sonnen- und Regen-Schirme.**

Reste von ganzwollenen Fantasie-Kleiderstoffen, Seidenstoffen, Waschstoffen, nur Neuheiten, ferner von Elsasser Baumwollenwaaren, Leinen, Bettzeugen, Inlettstoffen, Flanellen, Barchenten etc.

noch billiger als bisher.

Geschäftshaus

J. LEWIN

Halle a. S. Marktplatz 2 u. 3.

Proben, Cataloge und Aufträge von 20 M...k an portofrei.

Bei Probenbestellung Angabe der Art u. des Preises erbeten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18960620031/fragment/page=0003

Königlich Preussische Lotterie.

Zur bevorstehenden Ziehung 1. Klasse 195. Lotterie haben wir noch

1/1 Loose Mk. 44, 1/2 Mk. 22, 1/4 Mk. 11

abzugeben

Die Königlichen Lotterie-Einnehmer

Frenkel, Herrmann, Lehmann, Riehl. (s

Moritz König Nachf. G. Schubert, Rathhausstr. Nr. 8/9.

Fabrik und Lager von Badewannen und Badeapparaten

aller Art für Wasser und Dampf.

Compl. Badeeinrichtungen von Mark 60 an.

Großes Lager von geruchlosen **Zimmerclosets, Bidets, Douchеapparaten, Irrigateuren, Leibwärmflaschen, Dampfkruken** 2c. 2c.

Allemverkauf von **Dittmann's Wellenbadeschaukel** zu Fabrikpreisen.

Eisschränke, Fliegenschränke, Petroleumkochofen, nur solidester Ausführung zu billigsten Preisen.

Prämiirt Dresden 1874. Prämiirt Berlin 1879.

Hirsch'sche Schneider-Akademie,

Berlin C., Rotes Schloss No. 2 (Nur No. 2)

Größte, älteste, beliebteste und einzig preisgekrönte Fachlehranstalt der Welt. Gegründet 1859. Bereits über 24,000 Schüler ausgebildet. — Tages- und Abendkurse von 20 Mark an beginnen am 1. und 15. jedes Monats in allen Abtheilungen der Herren-, Damen- und Wäscheschneiderei. — Stellenvermittelung kostenlos. — Prospekte gratis und franko.

Preis-Ermässigung unseres Riesenwerkes **„Die Zuschneidekunst".**

Dieses einzig in seiner Art, mit über 1300 sauber lithographirten Schnittmustern und Illustrationen versehene Lehrbuch zum Selbstunterricht ist wieder in neuer Auflage erschienen und der Preis mit Rücksicht auf den großen Umsatz auf **15** Mark herabgesetzt. Elegant gebunden Preis 18 Mark. **Die Direktion.** (ad

---

Pomologisches Institut Reutlingen.

Gärtnerlehranstalt Beginn des Jahres-Kurses den 12. Oktober 1896. — Anmeldungen baldigst erwünscht.

Statuten u. Lehrplan gratis. Der Direktor: **Fr. Lucas.**

☞ **Preisverzeichnisse** über **Baumschulerzeugnisse** aller Art, über **Sämereien, Gartengeräthe, Bücher** u. s. w. gratis zu Diensten.

Anatomisch-physiologische Heil- und Kunstanstalt

für leidende und gesunde Füße. (s

Anfertigung von Fussbekleidungen.

Jajszycek, Grünstraße 27.

CONTINENTAL PNEUMATIC

Bester Velocipedreifen.

GARANTIE

für erstklassiges Material und sorgfältigste Ausführung.

Continental Caoutschouc & Guttapercha Co., Hannover.

Fabrikation

sämmtl. technischer Gummiartikel, Hospital-Tuche, Bälle etc.

Wer seine Taschenuhr gut und billig reparirt haben will, der bemühe sich in die Uhrenhandlung von

C. Hammer.

— **Billigstes Atelier für Reparaturen.** —

Z. B. kostet dortselbst das Einsetzen einer neuen Feder u. Reguliren der Uhr 1 Mk., Glas 10 Pf., Zeiger 10 Pf., Uhrring 10 Pf., Schlüssel 5 Pf. **Preisangabe stets vorher** für jede Uhr. — Garantie. — Verkauf billiger wie jede Konkurrenz. **C. Hammer, Leipziger Str. 42.**

Großartige Erfindung!

Triumph-Wiegenbad-Schaukel

Die einfachste und praktischste Badewanne der Welt.

Unentbehrlich für jeden Haushalt! Ueberall eingeführt!

D. R.-P. Nr. 86351.

Preisliste

versendet gratis

Gust. Brose, Klempnermstr., **Halle a/S., Leipz. Str. 96,** vis-à-vis der Ulrichskirche.

Citronen- und Apfelsinen-

Limonaden-Pulver

ist das praktischste und billigste **Erfrischungsmittel** für **Reise** u. **Haus** p. Pfd. Mk. 1,— Ein Theelöffel voll genügt für ein Glas Wasser. (d

Nur bei: **Johannes David,** Geiststr. 1. — Fernspr. 127.

Ich habe mich in **Halle a/S.** als

Thierarzt

niedergelassen.

Meine **Wohnung** befindet sich (r

Friedrichstrasse 42.

Klebba, Kreisthierarzt.

Adele von Gualtieri,

Brüderstr. 3, 1. Etage, bisher **Neunhäuser 3.**

Empfehle **unsichtbare**

Stirn-Netze,

Dtzd. **1,40,** 1/2 Dtzd. **75,** 1/4 Dtzd. **40,** 1 Stück **15 ₰.**

Seidene Knoten-Netze,

Dtzd. **2,75,** 1/2 Dtzd. **1,40,** 1/4 Dtzd. **75,** Stück **30 ₰.**

Da ich mein Geschäft in die 1. Etage verlegte, gewähre ich jetzt auf sämmtliche Verkaufs-Artikel

5% Rabatt.

Adele von Gualtieri,

— Brüderstraße 3. —

Damen-Frisir-Salon. (r

Im

Ausverkauf

der aus der

Weiss & Freytag'schen

Concursmasse

herrührenden Waaren u. a. W. werden **große Posten**

Kleiderstoffe

zu Taxpreisen verkauft.

Leinen, Baumwollwaaren, Cattune und Batiste, Wollmousseline, Zephir, Handtücher, Tischtücher, Bettzeuge u. a. Ausstattungsartikel, Herrenstoffe, Reste für Knabenanzüge, Teppiche, Gardinen, Tischdecken.

Seidenstoffe zu Brautkleidern schwarz, weiß und farbig.

Reste in allen Stoffen.

Leipzigerstr. 105

am Markt. (d

Möbelplüsche, glatt und façonnirt bunt gewebte Plüsche (Moquettes), abgepasste Kameeltaschen, Plüschdecken,

Leinenplüsche

Wollreps, Granit und Satins,

Seiden-Plüsche,

Kleider-Sammet (Velvet)

versende zu Fabrikpreisen direct an Private. Muster franco gegen franco.

E. Veegmann, Bielefeld.

Umfärbungen in eigener Färberei.

Klinik für

Sprach-Leidende.

Zur Behandlung eignen sich: **Functionelle und organische Sprachlosigkeit, functionelle Stimmlosigkeit, Stottern, Lispeln, Näseln, Stammeln.** (ad

Dresden, Pragerstr. 15. Dr. med. **Gruenbaum.**

Mein Comtoir und Wohnung befinden sich jetzt

Bernhardystraße 17, Parterre.

Fernsprecher 506. **C. Wendenburg,**

Steinmetzmeister.

Sommer- und Reise-Kleidung

für Knaben und Mädchen,

sämmtliche

Bade-Artikel

für Erwachsene und Kinder

empfehlen in allen Preislagen (d

Geschw. Jüdel, **Halle a. S.,** 101 Leipziger Str. 101.

Bartels & Beck,

Obere Leipziger Str. 32,

offeriren als **Neuheit!**

Spar-Kochherde

für

Hotels, Herrschaftsküchen, Haushaltungen 2c. mit **Patent-Revolver-Rost.**

Dieser Rost bietet ganz bedeutende Vortheile, ist fast unverwüstlich und äußerst leicht zu behandeln.

Herde mit **Patent-Revolver-Rost** stehen stets bei obiger Firma zur Ansicht.

Es giebt **nur ein Präparat,** welches, in der **Zusammensetzung** und in der **Verdaulichkeit** der **Frauenmilch vollkommen gleich,** vom **Säuglinge,** vom **gesunden,** wie vom **kranken, ebensogut** vertragen wird als die **Mutterbrust** — das ist

Voltmer's Muttermilch.

Voltmer's Muttermilch wird bereitet aus **Kurmilch, sterilisirt** (keimfrei), **peptonisirt** (verdaulich gemacht).

Voltmer's Muttermilch wird **vertragen,** wenn **jegliche andere Nahrung erbrochen wird.**

Voltmer's Muttermilch wird **vertragen,** wenn **jegliche andere Nahrung Durchfälle macht.**

Voltmer's Muttermilch ist die **beste Ernährung** der Kinder in den **gefährlichen Sommer-Diarrhöen.**

Voltmer's Muttermilch hat bis zum **Skelett abgemagerte Kinder wieder zunehmen** und **gedeihen lassen.**

Voltmer's Muttermilch steht als Säuglings-Nahrung **hoch über sämmtlichen Kindermehlen,** die zudem nach dem Urtheile der Kinderärzte bis zum Durchbruch der ersten 4 Schneidezähne garnicht verdaut werden.

Voltmer's Muttermilch ist **sterilisirt,** dann aber durch die **Peptonisirung** in der **Verdaulichkeit bedeutend gesteigert.**

Voltmer's Muttermilch vergleicht sich mit sterilisirter Kuhmilch (Soxhlet-Milch) **wie** eine leicht verdauliche Nahrung mit einer schwer verdaulichen.

Voltmer's Muttermilch macht die Amme überflüssig, erspart die **bedeutenden Kosten** derselben, **schützt** vor event. **Uebertragung von Krankheiten** von Amme auf Kind.

Voltmer's Muttermilch ist die **bequemste** und **dadurch sicherste** Art der Ernährung.

Sie ist durch Apotheken und Drogenhandlungen zu beziehen, event. direct durch

Altona, Gerberstrasse 9—11. **Voltmer & Co.**

Haupt-Niederlage Halle a/S.: Marquardt'sche Löwen-Apotheke.

Von heute ab stehen wieder in großer Auswahl

echt Dänische, Ardenner u. Hannöversche Acker- und Wagenpferde

in schwerem und leichten Schlage bei mir preiswerth zum Verkauf.

Weinstein jun.,

Halle a. S., Leipziger Straße 54,

am Riebeckplatz. (r

Ein Transport

Dänischer und Hannöverscher Pferde

leichten und schweren Schlages steht von heute ab zum Verkauf. (ad

Gebr. Strehl, Merseburg.

Echt Simmenthaler sprungfähige Zucht-Bullen

stehen von Sonntag d. 21. d. M. bei mir

zum Verkauf.

Rottkowsky, Merseburg,

Gasthof zur grünen Linde. (ad

Für den Anzeigentheil verantwortlich: W. König in Halle. Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel. Mit 7 Beiblättern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18960620031/fragment/page=0004